

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

(50. - öffentliche - Sitzung am 6. März 2020)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Glücksspielgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4945](#)

Der Ausschuss beriet den Gesetzentwurf auf der Grundlage der Vorlage 8 des GBD. Er bat die mitberatenden Ausschüsse, die Mitberatung durchzuführen.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Niedersächsischen Versicherungsaufsichtsgesetzes und zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die Versorgung der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3623](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Gesetzentwurfes fort. Die Koalitionsfraktionen stellten ihren Änderungsvorschlag vor (vgl. Vorlage 2) und äußerten die Erwartung, dass die Gesetzesberatung vor der parlamentarischen Sommerpause abgeschlossen wird. Der GBD kündigte an, für die abschließende Beratung eine Vorlage zu erstellen.

3. a) **Rahmenbedingungen des Lkw-Verkehrs verbessern, Kontrollen verstärken und technische Möglichkeiten besser nutzen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1535](#)
b) **Die Einführung umweltfreundlicher Lkw muss verlängert und besser unterstützt werden!**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/4860](#)

Er beschloss, den Antrag in der [Drs. 18/1535](#) in der Fassung eines Änderungsvorschlags der Koalitionsfraktionen (vgl. Vorlage 8) anzunehmen:

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

Die Fraktion der FDP kündigte an, ihren Antrag in der [Drs. 18/4860](#) zurückzuziehen.

4. **Radwegebaubeschleunigungskonzept entwickeln - Radverkehr in Niedersachsen stärken**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/3664](#)

Der Ausschuss setzte die Antragsberatung fort. Hierzu lag ihm als Vorlage 5 ein Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen vor. Nachdem die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion der FDP signalisiert hatten, dass auch sie dem Antrag in der Fassung des Änderungsvorschlags zustimmen könnten, wenn dieser noch in einigen Punkten geändert würde, kam der Ausschuss überein, die Antragsberatung erst in der Sitzung am 13. März 2020 abzuschließen.

5. **Klimaschutz endlich auch im Bundesverkehrswegeplan berücksichtigen!
Bedarfsplanüberprüfung jetzt!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/5863](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bat darum, eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen und eine Anhörung durchzuführen. Mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen kam der Ausschuss überein, in der Sitzung am 13. März 2020 eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen und die Frage der Notwendigkeit einer Anhörung zu klären.

6. **Luftfahrtstandort Niedersachsen stärken, Impulse für innovative und nachhaltige Mobilität setzen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/5866](#) neu

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen. Auf Wunsch der Koalitionsfraktionen kam der Ausschuss überein, nach Möglichkeit schon in der Sitzung am 13. März 2020 eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen und danach die Frage der Durchführung einer Anhörung zu klären.

7. **Terminangelegenheiten**

- a) Besprechung der Parlamentarischen Informationsreise nach Spanien im September 2020
- b) Besuch der Hannover Messe am 24. April 2020

Der Ausschuss hatte zu a) keinen Besprechungsbedarf.

Aufgrund der Verlegung der Hannover Messe wegen des weltweit grassierenden Coronavirus auf den Zeitraum 13. bis 17. Juli 2020 vereinbarte der Ausschuss zu b), sich am Rande des Plenums über einen neuen Besuchstermin zu verständigen.

Die für den Messebesuch ursprünglich vorgesehene Sitzung am 24. April 2020 soll aufgrund der Reise der FDP-Fraktion ausfallen.

Abg. Jörg Bode (FDP) äußerte den Wunsch, folgende Punkte auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen:

- a) Technologieoffenheit muss die Maxime der Politik bleiben! - Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/3253](#)
- b) Unterrichtung durch die Landesregierung über die Auswirkungen des Coronavirus auf die Wirtschaft und Maßnahmenpläne der Landesregierung